



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XII/56 - 8. März 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0486890

Der Zickzackkurs der CDU	S. 2
Französisch-amerikanische Révalität in Afrika ?	S. 4
Buschkrieg in Niedersachsen	S. 6
Das "Buch der Etikette" - ein Bonner Spiegelbild	S. 8
Anhang: Communiqué des Parteivorstandes	

Wohin steuert die Kanzlerpartei ?

G.M. Die Partei Dr. Konrad Adenauers befindet sich seit langem auf einen strategischen Rückzug vor ihrer eigenen Politik. Sie ist gezwungen, in entscheidenden Fragen des Schicksals unserer Nation Argumente der Opposition zu übernehmen, um dem deutschen Volk ihre Existenzberechtigung auch weiterhin glaubhaft machen zu können.

Nur einige wenige Beispiele mögen als Beweis für diese Behauptung dienen.

Als in der Bundesrepublik die öffentliche Diskussion über den militärischen Beitrag des westlichen Teils Deutschlands an der von den Amerikanern gewollten westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft begann, behaupteten alle Experten der CDU, ohne ein Heer von mindestens 500 000 Mann und ohne die allgemeine Dienstpflicht von mindestens zwei Jahren sei die Organisation der Verteidigung sinnlos. Unter den harten Schlägen der Opposition gegen diese Behauptung ging die Bundesregierung zunächst auf 18 Monate und dann auf 12 Monate zurück. Von einem 500 000-Mann-Heer redet niemand mehr.

Neuerdings werden im Bundesverteidigungsministerium Pläne für die Aufstellung einer technisch hochqualifizierten Gruppe in Stärke von etwa 200- bis 300 000 Mann ausgearbeitet. Ob die Bundesregierung auch noch die allgemeine Wehrpflicht abschreibt, ist nur eine Frage der Zeit. Gegenwärtig fürchtet man die Aufgabe des ursprünglichen Vorhabens,

8. März 1957

weil man weiss, dass dann breitesten Schichten unseres Volkes allzu augenfällig wäre, wie falsch die Verteidigungsplanung der Bundesregierung gewesen ist.

Parallel zu dieser Entwicklung läuft das Nachgeben der Bundesregierung und der CDU gegenüber den Argumenten der Opposition im Hinblick auf den Begriff "kollektives Sicherheitssystem in Europa".

Als die Sozialdemokratie auf ihrem Berliner Parteitag 1954 forderte, an die Stelle der sterilen militärischen Blockpolitik eine Politik der kollektiven Sicherheit auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschland zu setzen, wurden alle Überlegungen dieser Art in Bonn als "Illusion" bezeichnet. Aber während man sich noch nach aussen den Anschein gab, als werde man "niemals" von der NATO-Konzeption abweichen, bereitete man für den "inneren Hausgebrauch" schon eine andere Konzeption vor. Unter dem Druck der Argumente der Opposition, aber auch unter dem Druck der öffentlichen Meinung, entstand dann am 2. September 1956 jenes bemerkenswerte Dokument, das die Bezeichnung "Memorandum des Auswärtigen Amtes" trägt.

In diesem "Memorandum", das eine Antwort auf ein Schreiben Bulganins von 13. September 1955 ist, wird unter Punkt 10 erklärt:

"Die Bundesregierung befürwortet ein europäisches Sicherheitssystem, das von einem feierlichen Verzicht aller Mitglieder ausgeht, in ihren gegenseitigen Beziehungen Gewalt zur Lösung politischer Streitfragen anzuwenden. Im Rahmen eines solchen Sicherheitssystems sollte sich jeder Mitgliedsstaat verpflichten, einen Angreifer jegliche Unterstützung zu verweigern. Die Bundesregierung steht diesem Gedanken grundsätzlich positiv gegenüber. Sie wird sich auch anderen geeigneten Vorschlägen für Elemente eines Sicherheitssystems nicht verschliessen".

Wenn Worte einen Sinn haben, so bedeutet dieser Satz im "Memorandum" der Bundesregierung, dass sie ihre eigenen früheren ablehnenden Erklärungen zur Idee eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa über Bord wirft. Mit anderen Worten, dass sie sich vor den Argumenten der Opposition gebeugt hat.

Nur so ist es auch zu verstehen, dass der CDU-Abgeordnete Kiesinger in der aussenpolitischen Debatte des Bundestages am 31. Januar 1957 erklären konnte, die NATO sei für ihn "kein Dogma", und dass Bundesverteidigungsminister Strauss etwas später schreiben konnte, er könne sich

für die Lösung des Deutschland-Problems unter Umständen auch eine Lösung nach österreichischem Muster - also militärische Neutralität - vorstellen...

Es gibt aber auch noch einige andere Beweise für das Nachgeben der CDU gegenüber den Argumenten der Opposition. Sie sind kaum noch im Bewusstsein der öffentlichen Meinung und sollen deshalb in Erinnerung gerufen werden.

Als Moskau zu erkennen gab, dass es bereit sei, diplomatische Beziehungen mit Bonn aufzunehmen, ertönte im Regierungslager - und noch stärker bei der CDU - ein lautes Wein. Die CDU-Presse sprach vom "Verrat an den geheiligten Gütern des christlichen Abendlandes". Die Opposition dagegen vertrat bei aller entschiedenen Ablehnung des bolschewistischen Regierungssystems der Sowjetunion die Auffassung, Bonn dürfe nichts unversucht lassen, um auf dem Wege über diplomatische Beziehungen mit Moskau auch mit der vierten Siegermacht in ein direktes Gespräch über die Wiedervereinigung Deutschlands zu kommen. Auch die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik schloss sich dieser Auffassung an. Und siehe da - Herr Adenauer flog nach Moskau, drückte Herrn Bulganin ostentativ die Hand und erklärte feierlich, er habe nie etwas von der "Politik der Stärke" gehalten...

In ähnlicher Weise kroch und kriecht die CDU und mit ihr die Bundesregierung auch in den Fragen der Bestätigung von Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockländern hinter der Opposition her. Lange Zeit hiess es: Keine normale Handelsbeziehungen zwischen Bonn und Moskau. Jetzt schreibt Adenauer sogar an Bulganin, er sei zwar noch nicht bereit, einen regulären Handelsvertrag abzuschliessen, wolle aber Verhandlungen auf Regierungsebene führen.

Mit Polen ist es dasselbe. In Warschau wurde bereits die Reise einer polnischen Handelsdelegation nach Washington vorbereitet, da erklärte man noch in Bonn, offizielle Kontakte zwischen Warschau und Bonn kämen überhaupt nicht in Frage. Seitdem die Opposition und auch ein grosser Teil der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik diese Kontakte fordern, bereitet sich die CDU und die Bundesregierung wieder auf ein Nachgeben vor. Uns ist bekanntge -

worden, dass beim Auswärtigen Amt bereits Planungsarbeiten für die Errichtung bundesrepublikanischer Handelsmissionen in Polen vorliegen.

Es entsteht selbstverständlich die Frage, welche Motive für dieses Nachgeben der Regierung und der CDU vor den Forderungen der Opposition zugrunde liegen. Handelt es sich hier um eine bessere Einsicht, oder nur um den Versuch, im Strom der Zeit mitzuschwimmen? Auch die Möglichkeit, dass wahltaktische Überlegungen eine Rolle spielen, ist nicht von der Hand zu weisen.

Wir wissen, dass sich die Führung der CDU über die Sinn- und Zwecklosigkeit, aber auch über die Unpopularität ihrer bisherigen einseitigen Politik im klaren ist. Daraus ergibt sich ihr Wunsch, alte Fehler in Vergessenheit geraten zu lassen und sich mit fremden Federn zu schmücken. Unabhängig davon jedoch zeigt dieses Nachhinken hinter der Entwicklung und das Eingehen auf die Forderungen der Opposition, dass die Partei Dr. Konrad Adenauers eine selbsterarbeitete Konzeption überhaupt nicht hat. Sie ist früher auf den Wegen der amerikanischen Politik mitgeschwommen. Sie hat sich Strömungen nutzbar gemacht, die scheinbar und in den Augen vieler unpolitischer Menschen auch im Interesse des deutschen Volkes lagen. Mit dem Zurückfluten dieser Strömungen, mit dem Sichtbarwerden anderer Entwicklungen, bleibt dieser Partei und dieser Regierung nichts anderes übrig, als wieder zu versuchen, in neuen Strom mitzuschwimmen.

Das will aber nicht heissen, dass sie auch tatsächlich eine neue Politik einleitet. Sie dokumentiert nur ihre Unsicherheit und Unzuverlässigkeit. Ebenso wie Strauss gelegentlich vom "Ausradieren" Russlands und dann wieder vom "Beispiel Österreichs" spricht, ebenso wie Adenauer einmal in den Russen den "Todfeind" sieht, ein anderes Mal konziliante Briefe schreibt, so will sich diese Kanzlerpartei auch heute durch die Maschen der internationalen Politik hindurchmogeln. Aussen- und innenpolitisch, gestossen von der Opposition und getrieben vom eigenen schlechten Gewissen, schwört sie ihre Schwüre ab und hofft, dass andere es nicht merken.

Die USA blicken nach Afrika

1.o.-Paris

Kürzlich begann der Vizepräsident der USA, Nixon, eine Reise in und um Afrika. Er besuchte als einer der ersten den Sultan Mohammed von Marokko, mit dem er eine lange Aussprache hatte, und ehe er sich wieder in Richtung Washington in Bewegung setzt, wird er mit zahlreichen anderen afrikanischen Persönlichkeiten freundschaftliche Gespräche geführt haben. Selbstverständlich ist die Antwort auf die Frage, was der junge, ehrgeizige- und in seiner Heimat etwas umstrittene - Vizepräsident auf dieser grossen Reise sucht, sehr naheliegend: der zweite Mann der USA wolle sich durch diese Reise über die Verhältnisse in Afrika informieren.

Tatsächlich ist oben jetzt in Afrika vieles in Bewegung. Im Norden tobt, in Algerien, ein blutiger Aufstand gegen Frankreich; die Beziehungen der Marokkaner und Tunesier zu Paris sind nicht so freundschaftlich wie sie sein sollten; an der Goldküste ist schon ein neuer Staat im Rahmen des britischen Commonwealth entstanden; aus den riesigen französischen Kolonien in Schwarz-Afrika werden 13 halbautonome Republiken gebildet; in der Französisch kontrollierten Sahara bohren Franzosen nach Öl und versenden Erzproben in heimische Laboratorien. Und alle französischen und belgischen Gebiete Afrikas sollen in den Gemeinsamen Europäischen Markt eingeschlossen werden.

Nun gibt es Franzosen, die, obwohl sie manches Haar in der Suppe des Gemeinsamen Marktes finden, sich für seine Herbeiführung lebhaft einsetzen, und die dabei besonderen Wert gerade auf den am meisten umstrittenen Punkt des Programms legen, nämlich auf den Einschluss Afrikas. Gefragt und ungefragt geben sie ohne diplomatische Feinessen auch den Hauptgrund für ihre Einstellung an: nur auf diesem Wege könne Westeuropa seine Abhängigkeit von den USA auf einen ihnen erträglich scheinenden Grad herabmindern, ja es könnte sogar vielleicht wirklich unabhängig werden. Bei ihren Überlegungen gehen sie so weit, sich zu fragen, ob der vorgesehene Einschluss Afrikas in den Gemeinsamen Markt von den USA wirklich begrüsst wird. Sie glauben Grund zu der Annahme zu haben, dass dies mindestens nicht in allen amerikanischen Lagern der Fall ist. Bekanntlich wurde in Paris bereits vor mehreren Monaten die Behauptung aufgestellt, die grosse amerikanische Aramco-Arabian-America-Petroleum Co - die nach Meinung jener Skeptiker auf die - 5 -

Arabien-Politik der USA starken Einfluss nimmt, stehe in engem Kontakt mit den algerischen Aufständischen und liebeäugle auch mit marokkanischen und tunesischen Politikern, die Frankreich nicht allzu gewogen sind.

Überall in Afrika wurde der amerikanische Vizepräsident bisher mit grösster Freundlichkeit empfangen, und überall zeigte er sich überaus freundlich und ungezwungen. Auch die "französischen Neger" verfolgten seine Reise mit nicht ausgesprochen unfreundlichen Kommentaren, aber doch gelegentlich mit Kommentaren, die auf manche innere Reserve schliessen lassen. Denn es gibt zahlreiche afrikanische Politiker, Akademiker, Schriftsteller, Studenten, die nicht nur gebannt das verfolgen, was sich an Rassenkämpfen in der Südafrikanischen Union abspielt (denen manche von ihnen ein schlimmes Ende voraussagen), sondern die auch sehr genau wissen, welchen Beschränkungen sie selbst unterliegen, wenn sie etwa eine Reise in die Südstaaten der USA unternehmen. Sie mögen Frankreich in hundert Fragen kritisch oder argwöhnisch gegenüberstehen, in einer Hinsicht wissen sie doch, woran sie sind: es gibt keinen Rassenhass und keine Rassenschranken, in der Nationalversammlung sitzen afrikanische Abgeordnete, den Kabinetten gehören seit Jahren schwarze Minister und Staatssekretäre an, und die 13 neu zu gründenden Republiken werden zwar zunächst nur eine halbe Autonomie haben, aber doch einheimische Parlamente und Minister.

Es sind jedoch keinesfalls nur afrikanische Politiker, die argwöhnisch beobachten, auf welchen Bahnen sich die amerikanische Politik in Afrika bewegt. Niemand fürchtet zwar, Amerika wolle den schwarzen Kontinent "erobern". Nicht wenige aber haben den Eindruck, dass manche Kreise in den USA dieses riesige, so wenig erschlossene Gebiet durchaus nicht als eine Domäne der Afrikaner und der Europäer ansehen. Das mögen abwegige Auffassungen sein, aus Eifersucht geboren und aus Argwohn gepflegt. Begreiflich werden sie nur dem, der sich der verschiedenartigen Einstellung der USA und Frankreichs gegenüber der arabischen Welt bewusst bleibt, und vielleicht auch dem, der weiss, dass eben diese arabische Welt von Millionen schwarzer Afrikaner durchaus nicht herzlich geliebt wird. Und schliesslich werden jene Auffassungen auch noch durch die Dauergerüchte gestützt, die von amerikanischen Sonderinteressern in der Sahara wissen wollen. Denn, fragen sie, kann man sich wirklich durch solche Blitzreise in Riesengebieten informieren? Oder, fragen sie weiter, will Nixon lediglich eine besonders eindrucksvolle amerikanische Visitenkarte abgeben? * * *

Hellwege unter CDU-Beschuss

von Maria Meyer-Sevenich, K.d.L.

Während der Herr Bundeskanzler unter der milden Sonne des Südens friedlich und wohlbehütet durch Zypressenhaine wandelt, schlägt sich seine niedersächsische Mannschaft in den rauen Urwäldern des Nordens in einem "wildem Kleinkrieg oder schon beinahe Buschkrieg" herum, dessen Einzelheiten man nur in einem "Lexikon für unappetitliche Schimpfwörter" wiedergeben dürfte. So wenigstens kann man es in "Wort" vom 3. März 1957 lesen, einer Wochenschrift, in deren Impressum steht: "Herausgegeben für die Katholiken in Niedersachsen, Hamburg und Bremen". Die sich da mit Methoden bekämpfen, die eine gut katholische Zeitschrift ihren Lesern überhaupt nicht zu beschreiben wagt, sind "Koalitions- und Fraktionsfreunde" in Niedersachsen und in Bonn. Auch darüber schreibt die Zeitung und fragt dann: "Ist das noch eine ehrliche Politik?" Aber sie fragt natürlich nicht die CDU, sondern allein den niedersächsischen Ministerpräsidenten "den Parteichef der DP direkt".

Was liegt an zwischen den Treuesten der Treuen, - oder wenn wir in der Sprache des Buschkrieges bleiben dürfen: zwischen den letzten Koalitions-Mechanikern, den niedersächsischen Welfen und der CDU/CSU?

Zunächst einmal hat die "christliche" Partei (versteht sich, aus ernster Gewissensverpflichtung gegenüber der deutschen Demokratie, der man das Weimarer Schicksal ersparen muss!) ein Wahlgesetz erkämpft, das die kleinen Parteien (und dazu gehören die Welfen) in einige Verdrückung bringt. Als nun aber Herr Hellwege aus der Not dieses Gesetzes die Tugend des (angeblich von der CDU gewollter!) Zusammenschlusses der Kleinen - soweit sie Gemeinsamkeit haben - zu verwirklichen begann, durch Verhandlungen mit der Bayern-Partei, wurde er von einem gar nicht mehr frommen Ironiefener der CDU-Presse eingedeckt. Wegen eines angeblichen Verrates an der Bonner Koalition. Denn die Bayern-Partei regiere doch in München gegen Adenauer... Der Herr Bundeskanzler höchstselbst schrieb einen geharnischten Brief nach Hannover und es fand zwischen ihm und Hellwege eine Besprechung statt. Darob jubilierte die CDU-Propaganda: Die Welfen seien wieder einmal zu Kreuze gekrochen.

Dass Ministerpräsident Hellwege versicherte, er habe seinen Standpunkt im Gespräch mit Dr. Adenauer gewahrt, wurde von dieser Presse nicht einmal zur Kenntnis genommen.

Gleichzeitig wurde die Bayern-Partei in München in eine verschwiegene CSU-Ecke gezogen, um selbst über eine Wahlabsprache zu verhandeln. Dieses "ehrliche Spiel" der "christlichen" Partei (um das "Wort" noch einmal zu zitieren), offenbar nur in Szene gesetzt, in dem Bewusstsein der "Pflicht, vor dem Volke glaubwürdig zu bleiben" - hat im Welfenhauptquartier sicherlich keine Freude ausgelöst. Immerhin, es geschah nichts mehr als dass die Welfen es nunmehr "wagten", sich zum Alleingang zu rüsten, ohne sich von der "christlichen" Partei im "heidnischen" Norden "abschirmen" zu lassen (wie das umschreibende Wort für jenen bösen Kuhhandel lautet, der in Wahrheit die Vorwegnahme der Regierungsbildung durch Täuschung des Wählers beinhaltet). Dieses unerhörte Unterfangen, das Wahlgesetz ernst zu nehmen, löste den Sturm aus. Es erschienen nacheinander zahlreiche CDU-Größen in Niedersachsen, nicht zuletzt der im afrikanischen Buschkrieg erfahrene Ministerpräsident von Hassel, um in Sonntagreden den "Ministerpräsidenten von CDU-Gnaden", Heinrich Hellwege, und seine "dolle Republik" (so Herr v. Hassel) gehörig zu beuteln. Dies zudem im Beisein des stellvertretenden niedersächsischen Ministerpräsidenten, des katholischen CDU-Ministers Wegmann.

Nach vollbrachter Tat ärgerte man in der CDU-fremden Presse den Spiess kurzerhand um und begann über den "Buschkrieg" zu lamentieren, den die DP gegen die CDU eröffnet hätte. Man jammerte über das "unehrliche Spiel der Freunde", drohte mit ernsten Konsequenzen und streichelte gleichzeitig mit Samtpfötchen die alte gute Zusammenarbeit, die für die Zukunft nur gewährleistet sei, wenn die Welfen endlich zu Kreuze kriechen und jenes Gespräch führen, das - wie das "Wort" meint - "seit mehr als acht Jahren in der Luft liegt", aber seither versäuert wurde. Das Gespräch, das praktisch die Fusion der DP mit der CDU bedeutet.

Demaskierung der Gesellschaft

- rt - . Irgendjemand hat darüber gespottet, dass die Leute in Bonn - statt sich ausschliesslich um die hohe Politik zu kümmern - noch die Zeit dafür finden, sich über das "Buch der Etikette" zu erregen, das unter dem Etikett der Legationsrätin Erica Pappritz, stellvertretende Protokollchefin der Bundesregierung, von einem "Weltenbummler" namens Karlheinz Graudenz geschrieben worden ist. Der Spötter hat Unrecht, denn was ist geschahen? "Die Diplomatie sah den Weltenbummler über die Schulter, als er schrieb. So entstand ein Buch". Auf 510 Seiten lagte ein Wartburger Verlag für 26.80 DM in schwarzem Leinen dieses Buch vor, das den Leser "durch das so verwirrend erscheinende Dickicht dessen" führen soll, "was man unter Etikette", unter Wahrung der Formen, unter guten Benehmen versteht". Diplomatie und Weltenbummler verfassten die Dienstvorschrift des "guten Benehmens", das "häufig zum Schlüssel des Erfolges" wird: "Es schliesst die Türen auf, die sich nur öffnen, wenn man die Harmonie derer, die hinter diesen Türen wohnen, nicht stört".

Es gibt eine Unmenge selbstverständlicher Anstands-Banalitäten in diesem Buch, die keineswegs, wie der Verlag versichert, liebenswürdig, heiter und vergnüglich, sondern mit einem höchst gequälten Humor vorggetragen werden. Es gibt auch eine Unmenge peinlicher Dummheiten in diesem schwarz-goldenen Wälzer, die die Verlags-Etikettierung der beiden Verleger als "Diplomatin und Weltenbummler" kaum noch verständlich erscheinen lassen. Das Problem geht auch noch über die Taktlosigkeit der beiden Takt-Zaren hinaus, eine - wie Frau Abg. Renger mit Recht sagte - "verbotene" Etikette zu fabrizieren, die unter dem Etikett der "absoluten Gültigkeit", die sich "auf Grund der Beruflichkeit der Verfasser" ergeben soll, alle Männer und Frauen, die, gottbehüte, lange Unterhosen tragen oder auf der Strasse rauchen, zu Nicht-Herren und Nicht-Damen macht und sie damit aus "der Gesellschaft" ausschliesst.

Der wahre und skandalöse Kern des Falles ist diese "Gesellschaft" selbst, die sich von dem Buch so pathetisch eine "Verinnerlichung menschlicher Beziehungen" nachsagen lässt, tatsächlich aber ein Dickicht von Konventionen um sich aufgebaut hat, dessen wenige Türen - um "die Harmonie, derer, die hinter diesen Türen wohnen, nicht zu stören!" - sie sich nur Menschen öffnen, die sich von dem "berufenen" Zweigespann

Pappritz-Graudenz um des "Erfolges" willen in das Prokrustesbett der "Etikette" spannen lassen. Wenn man das ganze bombastische und verstaubte Sammelsurium von Äusserlichkeiten zur Kenntnis genommen hat, das für die "Diplomatin und ihren Weltenbummler" offensichtlich tatsächlich zur "Welt", zum Daseinsinhalt geworden ist, dann wird einem klar, wie abgestanden auch die Luft ist, in der diese "Gesellschaft" existiert, die in dem usurpierten Anspruch lebt, die "Crème" des Volkes zu sein.

Gewiss geht es im menschlichen Zusammenleben nicht ohne bestimmte, allgemein als gültig anerkannte Verkehrsformen ab. Aber wenn aus diesen Verkehrsformen und Spielregeln plötzlich gesellschaftliche Dogmen gemacht werden, die jeden, der sie nicht als das A und O des "Lebens" anerkennt, schon deshalb allein zum Plebejer unserer Tage abstempeln will, dann wird ein solches Vorhaben gemeingefährlich. Die erschreckende Arroganz, die einem aus jeder Seite dieser "verbonzten Etikette" entgegenschlägt, ist zugleich die sehr plötzliche Demaskierung dieser "Gesellschaft", die so, als hätte es niemals ein Jahr 1945 gegeben, im Windechatten des Wirtschaftswunders aus dem provinziellen Boden des provisorischen West-Teilstaates und seiner provisorischen Duodez-Hauptstadt wieder hochgeschossen ist und sich häuslich in ihrem elfenbeinernen Turm der bonzierten Exklusivität eingerichtet hat.

Man sage nicht, dass dieses Urteil zu hart und ungerecht sei: Die stellv. Regierungs-Protokollchefin und Legationsrätin Erica Pappritz, die als - zumindest - Schirmherrin des "Etikette"-Wälzers die volle Verantwortung für die darin verkündeten Dogmen der "wahren Lebensform" und des "guten Tons" trägt, ist vom ersten Tage der Bundesrepublik an nicht nur die Benim-Diktatorin der Bonner "Gesellschaft", sondern auch der Leuchtturm gewesen, nach der die Arrivierten, die hinter den Türen dieser "Gesellschaft" in "ungestörter Harmonie" dahinleben, ihr Erfolgs-Schifflein ausgerichtet haben. So ist das mit vollem Recht so sehr kritisierte "Buch der Etikette" zugleich Dienstvorschrift und Visitenkarte der "Gesellschaft". Diese Visitenkarte ist aber so leer wie die "Gesellschaft selbst, die den Wert des Menschen nur nach banalen Äusserlichkeiten zu bemessen können glaubt und über ein Volk splitterrichtern will, für das diese gespenstischen Beckmesser eine unerträgliche Last sind.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD
am 7. und 8. März 1957 im Schöneberger Rathaus Berlin

Der Parteivorstand der SPD tagte am 7. und 8. März 1957 im Rathaus Schöneberg in Westberlin und nahm einen ausführlichen Bericht des Vorsitzenden Erich Ollenhauer über die Informationsreise nach den USA und Kanada entgegen. Ollenhauer betonte hierbei, besonders die Gespräche mit Präsident Eisenhower, Außenminister Dulles, dem kanadischen Ministerpräsidenten St. Laurent und dem amtierenden Außenminister von Kanada, Martin, seien überaus fruchtbar gewesen und hätten gezeigt, wie stark bei den führenden Männern der USA und Kanadas das Interesse an einer gründlichen Information über die deutschen und europäischen Probleme sei. Auch in zahlreichen anderen Diskussionen und Gesprächen sei auf amerikanischer und kanadischer Seite überzeugend der Wille zum Ausdruck gekommen, neue Ideen und Vorschläge zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und damit Europas kennenzulernen und zu diskutieren.

Nach dem Echo, das der Aufenthalt in den USA und Kanada gefunden habe, stehe fest, dass die Meinung der deutschen Opposition heute nicht mehr ignoriert werden könne. Der Parteivorstand beschloss, eine bereits vor längerer Zeit von der Sozialdemokratischen Partei Israels und der Regierung von Israel an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gerichtete Einladung zu einem Besuch Ollenhauers in Israel anzunehmen.

Zur Frage der Reise einer Bundestagsdelegation nach der Sowjetunion erklärte der Parteivorstand, die SPD habe schon seit dem Bekanntwerden dieses Planes positiv dazu Stellung genommen. Durch die Ereignisse in Osteuropa sei die Durchführung des Planes dann vertagt worden. Wenn jetzt der Ältestenrat des Bundestages die Idee der Informationsreise einer Bundestagsdelegation nach Moskau wieder aufgreife, werde die SPD entsprechend ihrer bekannten Haltung ihre Zustimmung dazu geben, sofern feststeht, dass sich alle Fraktionen des Bundestages mit einer Delegation an der Informationsreise beteiligen. Im weiteren Verlauf der Parteivorstandssitzung gab Vorstandszugehöriger Herbert Wehner eine Analyse der bisher bekanntgewordenen Einzelheiten der Vertragsentwürfe für EFRATOM und Gemeinsamer Markt. Nach ausführlicher Diskussion, in der übereinstimmend die grundsätzlich positive Haltung der SPD auch zur

wirtschaftlichen Aktivierung der Europa-Politik festgestellt wurde, beschloss der Parteivorstand, an die Bundesregierung die dringende Aufforderung zu richten, die Unterzeichnung der Verträge zu EURATOM und Gemeinsamer Markt erst dann vorzunehmen, wenn die gesetzgebenden Körperschaften genaue Kenntnis von den Vertragstexten erhalten und zu diesen abschliessend Stellung genommen haben.

Darüber hinaus beschloss der Parteivorstand, den Gesamtkomplex EURATOM und Gemeinsamer Markt in den Sachausschüssen der SPD (Wirtschaftspolitischer Ausschuss des Parteivorstandes, Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis der Bundestagsfraktion und Gruppe der sozialdemokratischen Mitglieder des Bundesrates) zu klären und in einer gemeinsamen Sitzung der genannten Gremien entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Die Vorstandsmitglieder Wilhelm Hellies und Alfred Nau berichteten ausführlich über organisatorische und technische Vorbereitungen zur Bundestagswahl; das Vorstandsmitglied Fritz Heine über die Anfang März in London stattgefundene Bürositzung der Sozialistischen Internationale. Alfred Nau teilte u.a. mit, er habe während der SPD-Vorstandsitzung Verhandlungen über die Übersiedlung des Parteivorstandes nach Berlin geführt, die fortgesetzt werden. Das erste Ziel ist, zunächst ein Verbindungsbüro des Parteivorstandes in Berlin einzurichten.

Der Parteivorstand beschloss, zu Beginn des Wahlkampfes der SPD am 16. Juni 1957 in Dortmund eine zentrale Kundgebung durchzuführen, auf der der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer sprechen wird.

* * *